

Pressemitteilung 28/2002

vom 16. Dezember 2002

(4 Seiten)

Ansprechpartner: Dr. Udo Ludwig (03 45/77 53 800)

Konjunkturausblick des IWH für 2003:

**Warten auf den Aufschwung in Deutschland –
Warten auf Godot?**

- Die Konjunktur in Deutschland hängt an den Impulsen aus dem Ausland; die geringe Eigendynamik der binnenwirtschaftlichen Kräfte wird von der restriktiven Finanzpolitik verstärkt gebremst. Die Signale für die deutsche Wirtschaft stehen vorerst auf Stagnation. Mit der Beseitigung der Flutschäden nimmt die gesamtwirtschaftliche Aktivität in Ostdeutschland etwas stärker zu als in Westdeutschland, aber nur vorübergehend.
- Die Lage am Arbeitsmarkt verschlechtert sich nochmals. Die bisher absehbaren Gesetzesvorhaben zur angestrebten effizienteren Vermittlung von Arbeitslosen (Hartz-Kommission) leisten keinen nachhaltigen Beitrag zum Abbau der hohen Arbeitslosigkeit. Grundlegende Reformen am Arbeitsmarkt sind nicht in Sicht.

- Die Teuerung bleibt in Deutschland gering, eine akute Deflationsgefahr bedeutet dies aber nicht. Auch die jüngste Leitzinssenkung der EZB wirkt Deflationsgefahren in Deutschland entgegen.
- Die Finanzpolitik in Deutschland versucht, vor allem durch die Anhebung von Steuern und Abgaben, die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren. Dies ist der falsche Weg, denn so werden die Grundlagen für mehr Wachstum und Beschäftigung weiter geschwächt; der zaghafte Aufschwung wird merklich behindert.

Der Aufschwung in Deutschland ist im Jahr 2002 entgegen allen Erwartungen nicht in Gang gekommen. Die gesamtwirtschaftliche Aktivität hat sich seit mehreren Quartalen nur schwach entwickelt, die Verbraucherpreise sind langsam gestiegen und die Erzeugerpreise sogar einige Zeit gesunken. Steht damit die größte Volkswirtschaft in der Euroregion am Rande einer Deflation? Hat sich der Aufschwung nur verzögert, oder ist das Warten auf ihn vergebens?

Die wirtschaftspolitischen Vorhaben der wiedergewählten Bundesregierung geben wenig Anlass, die Stagnationsgefahr in den Bereich der Phantasie zu verweisen. Es gibt aber auch Anzeichen, die gegen ein Abkippen in einen sich selbst verstärkenden Abschwung in Deutschland sprechen. Die Weltwirtschaft, die wichtigste Impulsquelle für jede Exportnation, erholt sich wieder: In den USA scheinen die übersteigerten Erwartungen in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre jetzt mit dem Ende der Talfahrt bei den Aktienkursen korrigiert zu sein. Auch geben die US-Unternehmen ihre Investitionszurückhaltung allmählich auf. Die Finanzierungsbedingungen sind nach den deutlichen Zinssenkungen durch die US-Zentralbank vergleichsweise günstig. Der Kostendruck infolge der in diesem Jahr vorübergehend gestiegenen Ölpreise hat wieder nachgelassen, und von der Finanzpolitik gehen nochmals leicht expansive Impulse aus. Die Geldpolitik hat nicht erst mit der neuerlichen Zinssenkung für ausreichende Liquidität in der Wirtschaft gesorgt. Etwaige Deflationsgefahren für die USA dürften gebannt sein. Zwar bleibt das Risiko für konjunkturelle Rückschläge vor allem wegen der hohen Verschuldung der Privaten sowie der Defizite in der Leistungsbilanz und im öffentlichen Haushalt nicht gering, das Vertrauen in die Stärke und Dynamik der US-Wirtschaft und damit in den Dollar scheint aber wieder hergestellt zu sein.

Die Erholung der Konjunktur in den USA wird auf die Wirtschaft in Europa ausstrahlen. In der Euroregion werden die Unternehmen, zusätzlich angeregt durch die nach der jüngsten Zinssenkung günstigeren monetären Rahmenbedingungen, allmählich wieder verstärkt investieren und die privaten Haushalte den Konsum ausweiten. Die Expansion von Nachfrage und Produktion bleibt jedoch infolge des anhaltenden Konsolidierungsdrucks bei den öffentlichen Haushalten verhalten, und die Produktionsmöglichkeiten werden ein weiteres Jahr nicht ausgelastet. Die jüngste Zinssenkung der Europäischen Zentralbank wird erst im Jahr 2004 ihre Wirkung auf die Konjunktur entfalten haben. Die Inflationsrate dürfte im Jahr 2003 um 2% schwanken und damit am oberen Rand des von der EZB angestrebten Zielkorridors liegen. Anzeichen für eine Deflation in der Eurozone insgesamt gibt es somit nicht.

Für Deutschland sind die Aussichten weniger klar. Der konjunkturelle Impuls aus dem Ausland bleibt wohl die einzige Triebkraft für die Belebung der wirtschaftlichen Aktivität im kommenden Jahr. Zwar stützt auch die Geldpolitik, jedoch bremsst die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte – vor allem durch Steuer- und Abgabenerhöhungen – die an sich schon geringe Eigendynamik der binnenwirtschaftlichen Kräfte weiter. Mehr noch: Die Übertragung des externen Impulses wird durch den von der Finanzpolitik neu induzierten Einkommensentzug bei den Privaten geschwächt und die Multiplikatorwirkung des Exports kann nicht die in der Vergangenheit übliche Stärke entfalten. Die weiterhin geringe Teuerung, die zudem ihre Impulse vor allem aus dem Anstieg der administrierten Preiskomponenten erhält, passt zu dieser verhaltenen Entwicklung der Nachfrage.

Damit befindet sich die Konjunktur in den ersten Monaten des Jahres 2003 in einer kritischen Phase. Wahrscheinlicher als ein Abdriften in die Deflation ist jedoch, dass die Auftriebskräfte Oberhand gewinnen werden, nachdem die Unternehmen und die privaten Haushalte ihr Verhalten an die veränderten Rahmenbedingungen im Inland angepasst haben und der außenwirtschaftliche Impuls stärker geworden ist. Dieser Wendepunkt dürfte frühestens in der zweiten Jahreshälfte erreicht werden. Im darauf folgenden Jahr wird sich dann der moderate Aufschwung fortsetzen. In diesem Szenario ist unterstellt, dass es zu keiner Eskalation der Auseinandersetzung mit dem Irak kommt.

Treibende Kraft für den Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion bleibt im Jahr 2003 der Export. Seine Dynamik wird sich im Verlauf des Jahres kräftigen. Die Unternehmen werden ihre Investitionen in Ausrüstungen nach acht Quartalen rückläufiger Entwicklung im Interesse der Wahrung ihrer Wettbewerbsfähigkeit erhöhen, aufgrund wenig aufgehellter Absatz- und Ertragserwartungen allerdings nur leicht. Die Investitionen in Bauten werden dagegen nach dem Auslaufen der Aufträge zur Beseitigung der Flutschäden und der Abarbeitung der Vorzieheffekte im Zusammenhang mit dem geplanten Abbau von Steuervergünstigungen für Unternehmen und private Haushalte im späteren Jahresverlauf wieder kräftig sinken. Schließlich werden die privaten Haushalte ihren Konsum ausweiten, allerdings erst mit der Aufhellung der Beschäftigungsperspektiven. Wegen der erhöhten Steuer- und Abgabenbelastung bleibt der Anstieg des privaten Verbrauchs gering und wird erst im Jahr 2004 stärker.

Die gesamtwirtschaftliche Produktion wird im Jahr 2003 zunächst stagnieren. Der Aufschwung greift frühestens im Sommer. Im Jahresdurchschnitt steigt das Bruttoinlandsprodukt um 1,1%. Die Dämpfung infolge der restriktiven Finanzpolitik dürfte dabei bis zu einem halben Prozentpunkt betragen. Auch im Jahr 2004 bleibt die konjunkturelle Dynamik verhalten, wegen kalenderbedingt zusätzlicher Arbeitstage erhöht sich die gesamtwirtschaftliche Leistung aber um 2,3%. In Ostdeutschland wird die gesamtwirtschaftliche Produktion im Jahr 2003 noch vorübergehende Impulse von der Beseitigung der Flutschäden erhalten; mit 1,5% wird sie etwas kräftiger zunehmen als in Westdeutschland. Im darauf folgenden Jahr kehren sich die Wachstumsrelationen wieder um. Nach dem Auslaufen des „Fluteffekts“ werden die Bauaktivitäten im Osten erneut drastisch zurückgehen und den gesamtwirtschaftlichen Produktionsanstieg ein weiteres Jahr drücken.

Für den Arbeitsmarkt bedeutet die schwache Konjunktur zunächst noch eine zunehmende Belastung im kommenden und nur einen geringen Abbau der hohen Arbeitslosigkeit im darauf folgenden Jahr. Die derzeit absehbaren Schritte zur effizienteren Vermittlung von Arbeitslosen werden nur wenig zur Entlastung des Arbeitsmarktes beitragen. Sie werden zusätzliche Kosten verursachen und wegen der schwachen Anreize für Unternehmen kaum Neueinstellungen nach sich ziehen.

Die konjunkturelle Wirkung der jüngsten Leitzinssenkung der EZB dürfte gering bleiben; der Zinsschritt wird aber dazu beitragen, die Deflationsängste in Deutschland zu mildern. Allerdings lässt sich die Maßnahme nur mit Schwierigkeiten aus der offiziellen geldpolitischen Strategie der Europäischen Zentralbank herleiten. Die Ankündigung der EZB, ihre Strategie im Laufe des kommenden Jahres zu überprüfen, ist deshalb zu begrüßen.

Angesichts „leerer Kassen“ versucht die Finanzpolitik in Deutschland, vor allem durch die Anhebung von Steuern und Abgaben, die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren. Dies ist der falsche Weg. So wird nicht nur die Konjunktur gedämpft, sondern auch die Bedingungen für mehr Wachstum und Beschäftigung verschlechtern sich. Ausgabenbeschränkungen sind zwar gleichfalls vorgesehen, sie werden aber nicht reichen, in mittlerer Frist – wie im Stabilitäts- und Wachstumspakt gefordert – einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Die Finanzpolitik wirkt im kommenden Jahr merklich restriktiv.

Der volle Wortlaut des Konjunkturausblicks steht ab 15.00 Uhr im Internet unter:

<http://www.iwh-halle.de>

Tabelle :

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2003 und 2004

	2002	2003	2004
	<i>reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Private Konsumausgaben	-0,5	0,7	1,8
Staatskonsum	1,4	1,2	0,8
Anlageinvestitionen	-6,1	-0,3	0,1
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-7,6	1,1	5,1
Bauten	-4,9	-1,4	-4,0
Inländische Verwendung	-1,3	0,9	1,7
Exporte	2,5	6,4	9,0
Importe	-1,8	6,8	8,4
Bruttoinlandsprodukt	0,2	1,1	2,3
dar.: Ostdeutschland*	0,0	1,5	1,5
Nachrichtlich: USA	2,4	2,8	3,1
Euroraum	0,8	1,8	2,5
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Tariflöhne je Stunde	2,5	2,8	2,8
Effektivlöhne je Stunde	2,4	2,8	3,0
Lohnstückkosten ^a	1,0	1,7	1,9
Preisindex für die Lebenshaltung	1,3	1,5	1,4
	<i>in 1 000 Personen</i>		
Erwerbstätige (Inland) ^b	38 688	38 510	38 800
Westdeutschland**	32 948	32 785	33 085
Ostdeutschland*	5 740	5 725	5 715
Arbeitslose ^c	4 056	4 190	4 010
Westdeutschland**	2 785	2 950	2 810
Ostdeutschland*	1 271	1 240	1 200
	<i>in %</i>		
Arbeitslosenquote ^d	9,5	9,8	9,4
Westdeutschland**	7,8	8,3	7,8
Ostdeutschland*	18,2	17,8	17,4
	<i>in % des BIP</i>		
Finanzierungssaldo des Staates	-3,5	-2,9	-1,9

^a Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – ^b Einschließlich der geförderten Personen in Arbeitsbeschaffungs- und Struktur Anpassungsmaßnahmen. – ^c Nationale Definition. – ^d Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland). – * Ohne Berlin. – ** Mit Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Schätzungen und Prognose des IWH (Stand: 12. Dezember 2002).